

Anlage 1[**Bezirksregierung**]**Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung**

[]

Betr.: Zuwendung zu den Planungs- und Vorbereitungskosten
für Vorhaben des ÖPNV-Ausbauplans**Bezug:****Anlg.:**

1. Antragstellerin/Antragsteller			
Name/Bezeichnung:			
Anschrift	Straße/PLZ/Ort/Kreis		
	Postfach-Nr.		
	PLZ zum Postfach		
	PLZ für Großkunde		
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)		
Internet-, E-Mail-Adresse	Internet-Adresse	E-Mail-Adresse	
Gemeindekennziffer: (nur bei Gemeinden)			
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl	
	Bezeichnung des Kreditinstituts		
Branche (s. Beiblatt)			
Unternehmensgröße (s. Beiblatt)	klein <input type="checkbox"/>	mittel <input type="checkbox"/>	groß <input type="checkbox"/>

2. Maßnahme	
Bezeichnung der zu planenden und vorzubereitenden Maßnahme/angesprochener Zuwendungsbereich	
Durchführungszeitraum der Planung und Vorbereitung:	von/bis
Gemeinden, auf die sich die zu planende Baumaßnahme erstreckt	
3. Kosten	
3.1 Lt. beiliegender Kostenberechnung/Kostengliederung für die zu planende und vorzubereitende Baumaßnahme (ohne Grunderwerb, ohne Kostenanteil Eisenbahnkreuzungsmaßnahme) in EURO	
3.2 voraussichtliche Kosten der Planung und Vorbereitung der Baumaßnahme/EURO	
3.3 Danach mögliche und beantragte Zuwendung für die Planung und Vorbereitung/EURO (5 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gemäß Erstbewilligung der Baumaßnahme oder 2,5 % der vorläufigen zuwendungsfähigen Ausgaben der Baumaßnahme jeweils ohne Grunderwerb, ohne Kostenanteil Eisenbahnkreuzungsmaßnahme oder die tatsächlichen Ausgaben für die Planung und Vorbereitung, wenn diese unterhalb der Pauschalen liegen)	
4. Zuwendung	
Die Zuwendung soll wie folgt zweckentsprechend verwendet werden (in 1000 EURO):	
Jahr	Betrag
20__ :	
20__ :	
20__ :	
20__ und folgende:	

5. Begründung (bei Folgeantrag nur ausfüllen bei Änderungen gegenüber dem bereits gestellten Antrag auf Zuwendungen zu den Planungs- und Vorbereitungskosten)

zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Bezeichnung und kurze Erläuterung der zu planenden baulichen Maßnahme, angestrebte verkehrliche Verbesserung, Darstellung des Vorhabens im ÖPNV-Ausbauplan, Erläuterung von Abweichungen der in Nr. 3.1 genannten Kosten von denen im ÖPNV-Ausbauplan)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen (bei Folgeantrag nur ausfüllen bei Änderungen gegenüber dem bereits gestellten Antrag auf Zuwendungen zu den Planungs- und Vorbereitungskosten)

(Finanzlage der Antragsstellerin/des Antragsstellers usw.)

7. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 die Ausgaben für die Planung und Vorbereitung der Baumaßnahme nach dem 30.03.2000 oder - bei Fortschreibungen des ÖPNV-Ausbauplans - ab dem Zeitpunkt der Aufstellung des ÖPNV-Ausbauplans entstanden sind/entstehen werden,
- 7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt ist
- ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Kosten (Nrn. 3.1, 3.2, 3.3) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 7.3 die in Nr. 3.1 genannten Gesamtkosten keine Grunderwerbskosten und keinen Kostenanteil einer Eisenbahnkreuzungsmaßnahme enthalten,
- 7.4 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 7.5 (nur für den außergemeindlichen Bereich):
sie/er damit einverstanden ist, dass ihre/seine Angaben zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im für das Verkehrswesen zuständigen Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das für das Verkehrswesen zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen.

Wird die Einwilligung erteilt, so kann diese jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung steht dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen oder führt zum Widerruf des Zuwendungsbescheides für die Zukunft.

Die Einwilligung wird:

- ☐ erteilt ☐ nicht erteilt.

8. Anlagen

- vereinfachte Kostenberechnung/Kostengliederung (für die vorläufige Anerkennung der zuwendungsfähigen Ausgaben) oder
- Kostenberechnung/Kostengliederung auf der Grundlage der bewilligten Förderung der Baumaßnahme und
- Plan-Darstellung der Baumaßnahme

.....
(Ort/Datum)

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift)